



## ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

**Absender:**

Fraktion Hagen Aktiv in der BV Haspe

**Betreff:**

Vorschlag der Fraktion Hagen Aktiv:  
Sicherheit in Haspe

**Beratungsfolge:**

26.05.2021      Bezirksvertretung Haspe

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Polizei aufzunehmen, um ein nachhaltiges Sicherheitskonzept für den Bereich Haspe-City zu erarbeiten mit dem Ziel, das Sicherheitsgefühl der Bewohner in Haspe zu steigern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Polizei in regelmäßigen Zeitabständen rumänische und bulgarische Polizeibeamte zu gemeinsamen Streifen einzuladen.

**Begründung:**

Zu 1.: In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.05.2021 verabschiedete das Gremium einstimmig einen Antrag von CDU und FDP, eine Sicherheitskonferenz mit vielen unterschiedlichen Beteiligten im Bahnhofsareal einzurichten. Die Problemlage in Haspe ist vergleichbar.

Aus diesem Grund können die Erfahrungen aus der Sicherheitskonferenz übernommen und in Haspe zu einem konkreten Handlungskonzept entwickelt werden.

In der Vergangenheit sind im Bahnhofsareal zahlreiche gemeinsame Kontrollen von Polizei und Ordnungsamt mit Erfolg durchgeführt worden.

Der Bereich Haspe - City fand dagegen nur gelegentliche Beachtung.



Viele Anwohner und Besucher der Hasper City fühlen sich jedoch in ihrem Sicherheitsgefühl stark eingeschränkt. Das zeigen die vielen Gespräche, die Hagen Aktiv mit den Bewohnern geführt hat.

Zu 2.: In der Vergangenheit wurden solche gemeinsamen Begehungen im Innenstadtbereich bereits mehrfach erfolgreich durchgeführt.

Im Rahmen der Pandemiebekämpfung könnten die rumänischen und bulgarischen Polizeibeamten zusätzlich als Sprachmittler für die Einhaltung der Coronaschutzverordnung und als Überzeugungskraft für die notwendige Impfbereitschaft der angesprochenen Bevölkerungsgruppe dienen.

Denn bereits heute zeichnet sich ab, dass nicht alle angesprochenen Bewohner die Notwendigkeit einer Impfung zur gemeinsamen Bewältigung der Pandemie erkannt haben. Drogenhandel, Diebstahlsdelikte und andere Straftaten sind an der Tagesordnung. Darüber hinaus sind täglich Verstöße gegen die Coronaschutzverordnung zu beobachten.

Aus diesen Gründen ist eine ständig wiederkehrende gemeinsame Präsenz von Polizei und Ordnungsamt erforderlich.

Gez.

Michael Gronwald  
Vorsitzender der Fraktion Hagen Aktiv  
in der Bezirksvertretung Haspe

## **Inklusion von Menschen mit Behinderung**

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen

## **Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung**

☒ keine Auswirkungen (o)



## ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

32

Betreff: Drucksachennummer: 0498/2021  
Vorschlag der Fraktion Hagen Aktiv: Sicherheit in Haspe

Beratungsfolge:  
26.05.2021 Bezirksvertretung Haspe



Die Fraktion Hagen Aktiv in der Bezirksvertretung Haspe hat zu der Thematik Sicherheit in Haspe zwei Beschlussvorschläge unterbreitet. Hierzu nimmt die Verwaltung in Absprache mit dem Polizeipräsidium Hagen wie folgt Stellung:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Polizei aufzunehmen, um ein nachhaltiges Sicherheitskonzept für den Bereich Haspe-City zu erarbeiten mit dem Ziel, das Sicherheitsgefühl der Bewohner in Haspe zu steigern.**

Stellungnahme der Führungsstelle Gefahrenabwehr/Einsatz:

Im Jahr 2020 wurde das Sicherheitsprogramm des PP Hagen neu aufgesetzt. Das Sicherheitsprogramm des PP Hagen gibt vor, in welchen Kriminalitätsbereichen und Stadtgebieten die polizeilichen Schwerpunkte gesetzt werden. Für die Erarbeitung des Sicherheitsprogramms erfolgte eine Analyse der objektiven und subjektiven Sicherheit Hagens. Im Rahmen der Erhebung wurden mehrere Untersuchungsparameter wie z.B. die Einsatzbelastung, die Kriminalitätslage oder Bürgerbefragungen herangezogen. Aus den Untersuchungsergebnissen resultieren anschließend die Personal- und Ressourcenverteilung. Anhand der Analysedaten wurden schließlich die behördlichen Konzeptschwerpunkte „Hauptbahnhof“ und „Altenhagen/Wehringhausen“ herausgearbeitet.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.05.2021 wurde auf Grund eines Antrags von CDU und FDP die Einberufung einer Sicherheitskonferenz „Hauptbahnhof“ mit behördenübergreifender Beteiligung beschlossen. Darüber hinaus ist eine Kooperationsveranstaltung „Altenhagen/(Wehringhausen)“ in Planung. Aus polizeilicher Sicht sind die bisherigen Abstimmungen für den Stadtbereich Hagen Haspe ausreichend.

Ergänzung der städtischen Ordnungsbehörde:

In völliger Übereinstimmung mit der Darstellung der Polizei ist für das Ordnungsamt auch Haspe ein Einsatzschwerpunkt, natürlich immer unter Berücksichtigung der personellen Ressourcen. Ein umfangreicher Austausch zwischen Stadt und Polizei über Leitstelle, Führungsstelle und Bezirksdienst sowie Stadtteilwache erfolgt regelmäßig, umfangreich und ausreichend. Aktuell werden daher weitere Konferenzen in den Stadtteilen nicht als zielführend angesehen, so wie bereits im Haupt- und Finanzausschuss vorgetragen. Eine Teilnahme der Ordnungsbehörde an bestehenden Arbeitskreisen oder Besprechungen ist natürlich jederzeit möglich, wenn die Pandemielage Zusammenkünfte wieder ermöglicht. Eine Evaluierung der Ergebnisse der vom HFA beschlossenen Konferenz am Bahnhof bezüglich einer Umsetzung in den Stadtteilen wurden bereits zugesagt.



- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Polizei in regelmäßigen Zeitabständen rumänische und bulgarische Polizeibeamte zu gemeinsamen Streifen einzuladen.**

Stellungnahme der Führungsstelle Gefahrenabwehr/Einsatz:

Der Einsatz von rumänischen und bulgarischen Polizeivollzugsbeamten wird auch aus polizeilicher Sicht stark befürwortet. Auf Grund der aktuellen pandemischen Lage ist die Durchführung einer internationalen Zusammenarbeit jedoch leider nicht realisierbar.

Ergänzung der städtischen Ordnungsbehörde:

Auch aus Sicht der Verwaltung wird die interkommunale Zusammenarbeit begrüßt und wurde daher in der Vergangenheit auch mitfinanziert.  
Zurzeit sind aufgrund der pandemischen Lage der behördenübergreifenden Zusammenarbeit in Präsenz aber Grenzen gesetzt.

gez.

Sebastian Arlt, Beigeordneter